

Welche Wahl hat Guatemala?

EIN BLICK IN DEN „OZEAN VON KORRUPTION UND STRAFLOSIGKEIT“

Eigentlich war doch alles irgendwie bekannt und hat niemanden so richtig überrascht. Trotzdem sagen die Bürger von Guatemala, dass ihr Land seit dem 16. April 2015 ein anderes sei – dem Tag, an dem das Korruptionsnetzwerk „Die Linie“, organisiert von höchsten öffentlichen Amtsträgern, aufgedeckt wurde. Korruption und Amtsmissbrauch haben jetzt Gesichter und Protest formiert sich. Bei Demonstrationen werden Veränderungen gefordert. Im Hinblick auf die Wahlen am 6. September 2015 stehen viele Wähler allerdings vor einem Dilemma: Parteien und Kandidaten, die zur Wahl stehen, sind größtenteils dieselben. Wie also soll sich etwas ändern im Land?

Am vergangenen Samstag, den 6. Juni, und damit genau drei Monate vor dem Wahltermin fand die siebte wöchentliche „Samstagsdemonstration“ in Folge statt, bei der auf zentralen Plätzen in den größten Städten Guatemalas gegen Korruption und für den Rücktritt von Staatspräsident Otto Pérez Molina demonstriert wurde. Seit sieben Wochen wird öffentlich zu Zehntausenden in den größeren Städten Protest geäußert – ein Umstand, der in den letzten Jahrzehnten undenkbar war. Als Folge des Bürgerkriegs, der 1996 endete, ist die Mehrheit der Bürger noch immer vorsichtig, was politische Meinungsäußerungen betrifft. Unsicherheit, mafliöse Strukturen, Armut und Arbeitslosigkeit tun ein Übriges, um politisches Engagement und Eintreten für Rechtsstaatlichkeit mit Vorsicht angehen zu lassen.

Etwas scheint sich jedoch zu ändern. Einerseits scheint das Maß des Erträglichen nun erreicht zu sein, andererseits sieht sich in diesem Jahr zum ersten Mal die Generation

der nach dem Bürgerkrieg Geborenen aufgefordert, bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 6. September ihre Stimme abzugeben. Den Konflikt und die Repressionen kennt diese Generation nur aus Erzählungen. Sie macht sich zum ersten Mal Gedanken über eine Wahlentscheidung und ist in sozialen Netzwerken, über die zu den Demonstrationen aufgerufen wird, äußerst aktiv. Bei den Demonstrationen sind viele junge Leute vertreten, aber auch mittlere Altersklassen sind dabei, selbst Familien mit Kindern. Die Proteste verlaufen friedlich. Vor allem in der Hauptstadt waren am Wochenende die Parolen „Que renuncie“ (Er soll zurücktreten) gegen den Staatspräsidenten Otto Pérez Molina und „No le toca“ (Er ist nicht dran) gegen den Präsidentschaftskandidaten Manuel Baldizón von der Partei LIDER besonders stark vertreten.

Wundermittel für den Amatitlan-See und organisierte Korruption „La Línea“

Am 16. April 2015 wurden in einer gemeinsamen Aktion von Staatsanwaltschaft, Polizei und CICIG (Internationale Kommission gegen Straflosigkeit) rund zwanzig öffentliche Angestellte und Vermittler wegen Beteiligung an einem Ring von Zoll- und Steuerbetrug verhaftet, darunter Leiter der staatlichen Steuerbehörde SAT, Alvaro Omar Franco, und sein Vorgänger. Wegen der Telefonkontakte der Beteiligten wurde der Ring durch die seit einem Jahr ermittelnden Behörden „La Línea“ (Die Linie) getauft. Juan Carlos Monzón, Privatsekretär der Vizepräsidentin von Guatemala Roxana Baldetti und Leiter des Rings, war zum Zeitpunkt der Verhaftungen mit der Vizepräsidentin auf Reisen in Südkorea und verschwand spurlos. Anscheinend war er vor-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. Juni 2015

www.kas.de/guatemala

gewarnt. Manche Beobachter vermuten sogar, dass er auf Grund seiner Kenntnisse der „Linie“ nicht mehr am Leben sei.

Vizepräsidentin Baldetti, in abgehörten Telefonaten der „Linie“ mit Decknamen benannt, wurde von Anfang an mit der Korruptionsstruktur in Verbindung gebracht. Bereits in der Vergangenheit hatten verschiedene Medien ihren Besitz, darunter Immobilien und eine Yacht, vor dem Hintergrund ihres Einkommens in Frage gestellt. Seit Wochen war sie zudem Zielscheibe in einem weiteren Skandal, bei dem es um den Ankauf einer Flüssigkeit zur Reinigung des umgekippten Amatitlan-Sees geht, den die Regierung für einen Millionenbetrag von einer israelischen Firma, deren Firmengeschichte nicht nachzuvollziehen war, getätigt hat. Die Flüssigkeit war von Umweltinstituten untersucht und als völlig wirkungslos kritisiert worden; eine Flüssigkeit zur Reinigung des Sees gebe es nicht.

Vizepräsidentin Baldetti stritt zunächst jegliche Verantwortung für die „Linie“ ab, aber am 8. Mai – vor dem Hintergrund der bereits stattgefundenen Demonstrationen – verkündete Präsident Pérez, dass Baldetti ihren Rücktritt eingereicht habe. Es ist davon auszugehen, dass nicht nur die Proteste, sondern das Fortschreiten der Ermittlungen zum Rücktritt führten. Denkbar sind auch Druck auf die Regierung durch die CICIG und – in derartigen Fällen nicht unüblich – durch die US-amerikanische Botschaft.

Bitte um Verlängerung der Kommission gegen Straflosigkeit CICIG

Auffallend in der gesamten Ereigniskette ist die Tatsache, dass Staatspräsident Pérez am 23. April in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Leiter der CICIG, Iván Velásquez, die Vereinten Nationen um eine Verlängerung des Mandats der Kommission gegen Straflosigkeit bat. Das laufende, achtjährige Mandat der Kommission läuft im September 2015 aus und es war bekannt, dass Präsident Pérez kein Anhänger einer Verlängerung war. Die internationale Gemeinschaft, vor allem die USA, die die Tätigkeit der Kommission hauptsächlich finan-

ziert, ebenso die Bundesrepublik Deutschland und verschiedene nationale Institutionen hatten für eine Verlängerung plädiert. Auf Grund der erfolgreichen Ermittlungen im Fall „La Línea“ konnte Pérez sich letztlich der Verlängerung nicht entziehen.

Auch US-Vizepräsident Biden hatte anlässlich eines Besuchs in Guatemala im März 2015 die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Kommission gelenkt. Im Hinblick auf die von den drei Ländern im nördlichen Zentralamerika den USA vorgeschlagenen „Alianza para la Prosperidad“ hat er die Einführung von Kommissionen mit denselben Aufgaben in den beiden Nachbarländern Honduras und El Salvador gefordert und die Verlängerung des Mandats der Kommission in Guatemala zur Bedingung für finanzielle Unterstützung des Plans gemacht. Das Signal von Biden war, dass man Mittel nur zur Verfügung stellen könne, wenn eine transparente Verwendung gewährleistet sei.

Skandal bei der staatlichen Sozialversicherung

Ende Mai wurde ein weiterer Korruptionsfall mit Beteiligung höchster öffentlicher Angestellter aufgedeckt. Die staatliche Sozial- und Krankenversicherung IGSS hatte mit dem mexikanischen Pharmazieunternehmen PISA zu überhöhten Kosten einen Vertrag zur Behandlung von Dialysepatienten abgeschlossen. Auf Grund von mangelhafter Behandlung starben dreizehn Patienten. Als Verantwortliche wurden am 20. Mai u. a. der Leiter der Versicherung, Juan de Dios Rodríguez, und Mitglieder des Vorstands der Versicherung, darunter der Präsident der Zentralbank, Julio Robert Suárez, verhaftet. Juan de Dios war bis April 2013 Privatsekretär von Staatspräsident Pérez gewesen, war seit Jahren Vertrauter und einer der Finanziers dessen Wahlkämpfe.

Gerüchte besagten ferner, dass die CICIG vor der Aufdeckung eines Korruptionsskandals bei der Nationalen Polizei im Zusammenhang mit Beschaffungen stehe. Bekannt ist weiterhin, dass die CICIG sich der Untersuchung der Finanzierung von Parteien angenommen hat. Ergebnisse sollen in den nächsten Wochen vorgestellt werden.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. Juni 2015

www.kas.de/guatemala

Vor den Wahlen: Reformen?

Die geschilderten Ereignisse spielen sich ausgerechnet wenige Monate vor den Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen am 6. September 2015 ab. Einzelne Stimmen fordern inzwischen, dass die Wahlen verschoben werden sollten, um zunächst umfassende Reformen des politischen Systems durchzuführen oder eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Angesichts der Korruption und der wenig vertrauenerweckenden Parteien und Kandidaten bedeuteten die Wahlen lediglich, das bestehende System aus Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft für die nächsten vier Jahre festzuschreiben. Veränderungen seien so nicht zu erwarten.

Eine Verschiebung der Wahlen würde jedoch einen Verfassungsbruch bedeuten und die meisten Organisationen der Zivilgesellschaft sprechen sich für die Durchführung der Wahlen aus, um die Verfassungsmäßigkeit zu wahren, fordern allerdings gleichzeitig die Durchführung von Reformen. Als besonders dringend werden Reformen im Wahl- und Parteienrecht, im Vergaberecht für öffentliche Aufträge und der Gesetzgebung zum öffentlichen Dienst angesehen. Das Forum Guatemala, ein Zusammenschluss von zwanzig Institutionen, darunter die staatliche Universität San Carlos, die Rafael-Landívar-Universität, der Unternehmerverband CACIF, der Think Tank ASIES und die indigene Organisation Naleb, veröffentlichte am 28. Mai einen Aufruf zu Reformen und nannte den Bereich Wahl- und Parteienrecht als Priorität. Diesbezügliche Reformen werden seit Jahren diskutiert. Immer wieder werden u.a. eine klare Regelung der Parteienfinanzierung gefordert, eine Stärkung der Rolle des Wahlgerichtshofs bei der Kontrolle der Parteien und ihrer Finanzen und eine Regelung des Parteienwechsels von Abgeordneten. Und seit Jahren werden sie vom Kongress verschleppt, da die meisten Abgeordneten an einer Änderung der aktuellen Regelungen nicht interessiert sind.

Der Wahlgerichtshof, der sich dank seines entschlossenen Vorgehens zu einzelnen Fragen der Wahlen und des Verhaltens der Parteien (z.B. Sanktionen wegen vorgezo-

gener Wahlwerbung) einen guten Ruf erworben hat und viel Unterstützung der Zivilgesellschaft erhält, legte der Öffentlichkeit am 29. Mai einen Vorschlag für eine sofortige Reform des Wahl- und Parteiengesetzes vor, der teilweise Vorschläge von akademischen und zivilgesellschaftlichen Instituten aufgreift und Prioritäten definiert:

- Regelung der öffentlichen Parteienfinanzierung
- interne Demokratie der Parteien
- Stärkung des Wahlgerichts
- für Abgeordnete und Stadträte: Beschränkung der Wiederwahl auf insgesamt zwei Perioden, Einführung einer 5 %-Hürde für die Zusammensetzung des Kongresses.

Laut Wahlgerichtshof sind diese Punkte kurzfristig wichtig, andere Elemente der Reform könnten mittelfristig behandelt werden. Die Punkte der kurzfristigen Reform würden bereits im Hinblick auf die Wahlen im September 2015 Gültigkeit erhalten. Eine Gesetzesinitiative soll in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die Zeit drängt, da das Wahl- und Parteiengesetz in Guatemala Verfassungsrang besitzt und damit jegliche Änderung vor Verabschiedung durch das Verfassungsgericht geprüft werden muss. Und natürlich wird auch die Überzeugungsarbeit im Parlament Zeit in Anspruch nehmen.

Reformschritte noch vor den Wahlen sind für deren Akzeptanz wichtig und würden den Bürgern ein Signal geben, dass die Abgeordneten und Parteien bereit sind, sich in Richtung eines transparenten Systems zu bewegen. Erste Reaktionen der Parteien richten sich allerdings gegen solche Reformen, die noch vor den Wahlen in Kraft treten würden.

Der Kongress lädt derzeit die Zivilgesellschaft zu runden Tischen zur Reform der Wahl- und Parteiengesetzgebung und zu den Bereichen Vergabe- und Justizwesen ein. Die Einladung wird angenommen, allerdings nicht ohne Bedenken bezüglich der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. Juni 2015

www.kas.de/guatemala

Ernsthaftigkeit der Reformbereitschaft der Abgeordneten. Bei einem zügigen Vorgehen wäre die Umsetzung von Reformen noch vor den Wahlen möglich, aber die runden Tische könnten eher der Verzögerung dienen.

Parteien und Kandidaten

Die Regierungspartei Partido Patriota (PP) zeigt angesichts der Krise Auflösungserscheinungen. Alejandro Sinibaldi, ehemaliger Minister für Kommunikation und Mitbegründer der Partei, kündigte am 19. April seinen Rückzug von der geplanten Präsidentschaftskandidatur und aus der Partei an. Die Ideale und Vorstellungen, die zur Parteigründung geführt hätten, existierten nicht mehr. Er sehe eigennützige Interessen, die er nicht teile. Verschiedene Abgeordnete und Bürgermeister zogen sich ebenfalls aus der PP zurück. Die Partei hat inzwischen einen neuen Präsidentschaftskandidaten identifiziert – Mario García, dem allerdings wenige Chancen eingeräumt werden.

Insgesamt sind die Parteien eher zurückhaltend mit Reaktionen auf die aktuelle Krise. Letztlich sind alle mehr oder weniger Teil des Systems.

Manuel Baldizón, bei den letzten Präsidentschaftswahlen an zweiter Stelle, müsste laut einem ungeschriebenen Gesetz in Guatemala nun im zweiten Anlauf die Präsidentschaft gewinnen. Eine Regelmäßigkeit der Wahlen besteht nämlich darin, dass der bei den letzten Wahlen zweitplatzierte Präsidentschaftskandidat die nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnt. Seine Partei LIDER hat vor allem im Inland und bei ärmeren Bevölkerungsschichten in der Hauptstadt-Region Rückhalt, gewinnt mit Geschenken und Versprechungen (u.a. 15. Monatsgehalt) viel Zuspruch. In der Mittelschicht stößt seine Kandidatur hingegen auf Ablehnung und Angst wegen vermuteter Verbindungen zur organisierten Kriminalität und ist daher weitere Zielscheibe der samstäglichen Proteste („No le toca“). Doch Baldizón weiß sich in dieser Situation als Vertreter der Interessen der einfachen Bevölkerung zu präsentieren und reagiert darauf mit dem Motto „Le toca al pueblo“ (Das Volk ist nun

dran). In großflächigen Zeitungsanzeigen veröffentlicht die Partei LIDER seit Monaten Ergebnisse von Meinungsumfragen der von ihr beauftragten GDF Consulting, in denen Baldizón mit deutlichem Abstand vorne liegt. Andere Meinungsumfragen bestätigen seinen ersten Platz, wenn auch nicht ganz so deutlich.¹

Auf dem zweiten Platz wird derzeit Sandra Torres, Kandidatin der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei UNE (Unidad Nacional de la Esperanza) und Ex-Frau des ehemaligen Staatspräsidenten Alvaro Colóm, gesehen. Sie hat überraschenderweise den Unternehmer Mario Leal für die Vizepräsidentschaftskandidatur gewinnen können – ein klares Zeichen in Richtung des einflussreichen Unternehmensektors, auch dessen Interessen vertreten zu wollen.

In der aktuellen Konjunktur findet der Überraschungskandidat Jimmy Morales, ein bekannter Komiker, aber ein neues und damit in den Augen vieler unverdorbenes Gesicht in der Politik, unerwartete Zustimmung und hat Chancen, auf den dritten Platz vorzurücken, auf jeden Fall den anderen Kandidaten sicher geglaubte Stimmen wegzunehmen.

Roberto González, Präsidentschaftskandidat der Mitte-Partei CREO in Allianz mit der konservativen Partei Unionista, versucht durch Plakatierung zur aktuellen Krise („Auch für mich ist das Fass übergelaufen!“) die Proteststimmung für sich zu nutzen, erhält allerdings keine nennenswerten Zuwächse. Dafür steht er wahrscheinlich zu sehr für das „traditionelle“ Parteiensystem.

Eine Überraschung in doppelter Hinsicht lieferte die Partei TODOS: Ende Mai stellte sie als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten den ehemaligen Zentralbank-

¹ Juan Luis Font, „Bitácora Electoral: el piso de Manuel y las otras cosas que revela la encuesta“, Contrapoder, 6. Juni 2015, <http://contrapoder.com.gt/2015/06/06/bitacora-electoral-el-piso-de-manuel-o-las-otras-cosas-que-revela-la-encuesta/>.

9. Juni 2015

www.kas.de/guatemala

Präsidenten Lizardo Sosa vor, der in akademischen Kreisen geschätzt wird und als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft bekannt ist. An erster Stelle der nationalen Abgeordnetenliste steht Alfonso Portillo, ehemaliger Staatspräsident von Guatemala (2000-2004), der im Februar 2015 nach Verbüßung einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Geldwäsche in den USA in seine Heimat zurückgekehrt ist. Während seiner Regierungszeit hatte er öffentliche Gelder hinterzogen, war aber im Land nicht verurteilt worden. Wegen verschiedener sozialer Wohltaten während seiner Regierungszeit ist er vor allem bei sozial schwächeren Gruppen beliebt und seit seiner Rückkehr wurde mit Spannung erwartet, wie er sich im Hinblick auf die Wahlen politisch engagieren würde. Als charismatischer Politiker, der sich in Bezug auf die Korruption als geläutert darstellt, kann er ein nicht zu unterschätzender Faktor im Wettlauf um Wählerstimmen werden.

Das Dilemma der Wähler – Communiqué der guatemaltekischen Bischofskonferenz

„Guatemala schmerzt uns“ – unter dieser Überschrift veröffentlichte die guatemaltekische Bischofskonferenz am 3. Juni ein leistungswertes Communiqué zur aktuellen Lage im Land.² Die Bischöfe finden deutliche Worte für das derzeitige Dilemma: Die Aufdeckung der organisierten Korruption in staatlichen Institutionen habe das Land in eine institutionelle Krise geführt. Gleichzeitig liefen die Wahlen an, ohne dass politische Optionen für eine Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaat erkennbar seien. Das politische System in Guatemala befinde sich in einem tiefen Verfallsprozess und jeden Tag werde die Distanz zwischen Bürgern und Parteien größer.

Trotz dieser Situation ruft die Bischofskonferenz dazu auf, die Wahlen nicht zu verschieben, um die verfassungsmäßige Ordnung nicht zu brechen. Die aufgedeckten

Korruptionsfälle seien „nur ein Tropfen im Ozean von Korruption und Straflosigkeit, in dem wir ertrinken“. Die Demonstrationen seien ein Zeichen der Hoffnung. Es bestehe aber die Gefahr von Chaos und Unruhen, wenn die gerechtfertigten Forderungen, die auf den Plätzen zu hören seien, nicht sofort beantwortet würden.

Für den Kongress findet die Bischofskonferenz klare Worte: Die Unfähigkeit – wegen Untauglichkeit und Boshaftigkeit – des Kongresses, das Wahl- und Parteiengesetz zu ändern, bewirke, dass die Wähler sich vor Wahlen sähen, in denen es viel desselben von vorher und in vieler Hinsicht noch Schlimmeres gebe. Gefordert wird die sofortige Verabschiedung von ersten Reformen. Hiermit steht die Bischofskonferenz auf Seiten des Wahlgerichtshof und der Zivilgesellschaft. Die Bischöfe rufen die Bürger dazu auf, trotz der schwierigen Situation wählen zu gehen, vielfach müsse man letztlich das geringste Übel wählen. Gleichzeitig bitten die Bischöfe die Bürger, weiterhin Druck auf den Kongress zwecks Verabschiedung von sofortigen Reformen auszuüben.

Angesichts einer Situation im Land, in der die Hälfte der Kinder unter chronischer Mangelernährung leide, über die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebe, die Gewalt in allen Bereichen zu finden und das organisierte Verbrechen vermutlich der größte Arbeitgeber sei, sei es nötig, den Kreislauf von Korruption, Straflosigkeit und Konfliktivität zu durchbrechen. Es sei Zeit, die Augen zu öffnen und seine Stimme verantwortungsvoll und bewusst abzugeben.

Steht der Rücktritt von Präsident Pérez bevor?

Bis jetzt scheint alles darauf hinzudeuten, dass Staatspräsident Pérez Molina seine Amtszeit zu Ende bringt, denn sowohl im Land als auch seitens der internationalen Gemeinschaft scheint keine Mehrheit gewillt, die ohnehin kritische Lage zusätzlich durch einen Rücktritt des Präsidenten weiter zu destabilisieren. Das Interesse, die Wahlen durchzuführen und bis zur Amtsübergabe am 14. Januar 2016 mit Präsident Pérez weiterzuarbeiten, scheint zu überwiegen.

2

<https://www.facebook.com/arzobispadodeguatemala/posts/1054985147864024?fref=nf>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GUATEMALA

ANNETTE SCHWARZBAUER

9. Juni 2015

www.kas.de/guatemala

Die US-amerikanische Botschaft spielt in dieser Zeit eine besondere Rolle. Von einer engen Abstimmung mit dem guatemaltekischen Staatspräsidenten ist auszugehen. Verschiedene Analysten im Land stellen bereits die Frage, wer die aktuelle Agenda mehr bestimmt – die Demonstranten oder die US-amerikanische Botschaft. Am 21. Mai informierte Präsident Pérez, dass der Innenminister Lopéz Bonilla zurückgetreten sei, ferner habe er die Umweltministerin, den Minister für Energie und Minen und den Vizeminister für Sicherheit im Innenministerium um Rücktritt gebeten. Eunice Mendizábal, Vizeministerin im Innenministerium für Bekämpfung des Drogenhandels, die in dieser Funktion eng mit den US-amerikanischen Behörden zusammenarbeitet, übernahm nach dem Rücktritt von López Bonilla die Leitung des Hauses. Dies wird als ein klarer Indikator für die enge Begleitung der aktuellen Ereignisse durch die USA gewertet.